

ITA

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR**

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

Nachdruck von Artikeln unter
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

3.Jg. - März 1979
Deutsche Ausgabe Nr. 5
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM

TÜRKEI WEITER IN DER KRISE:

KRIEGSRECHT VERLÄNGERT - WIRTSCHAFTLICHE SPARMAßNAHMEN VERHÄNGT

ANKARA (ITA) - Während das Parlament der Verlängerung des Kriegsrechts in 13 Provinzen für weitere zwei Monate zustimmte, hat die Regierung neue Sparmaßnahmen beschlossen mit dem Ziel, ausländische Währungseinnahmen anzukurbeln und eine Verknappung von Rohstoffen wie Öl zu verhindern. Als erster Schritt wurde der Preis für Rohöl und Ölprodukte um 100 % erhöht, was sich natürlich auf alle Konsumgüter auswirkte.

Die Verlängerung des Kriegsrechts wurde von fortschrittlichen Kreisen abgelehnt; sie stellten fest, daß die Kriegsbehörden keine wirklichen Maßnahmen gegen die faschistischen Terrorgruppen eingeleitet haben, sondern lediglich gegen linksgerichtete Kräfte vorgegangen sind.

Auch die Gerechtigkeitspartei des früheren Premierministers Demirel sprach sich - wenn auch aus völlig anderen Gründen - gegen eine Verlängerung des Kriegsrechts aus. Die Gerechtigkeitspartei beschuldigte die Regierung, das Kriegsrecht halbherzig und ineffizient anzuwenden und erklärte, daß diese Handhabung "dem Ansehen der Streitkräfte schadet". Die Parlamentsfraktion der Gerechtigkeitspartei stimmte daher gegen "eine verwässerte Version des Kriegsrechts".

Die neonazistische Nationale Bewegungspartei stimmte jedoch für eine Verlängerung des Kriegsrechts und forderte gleichzeitig den Premierminister auf, "jede Einmischung in die Angelegenheiten der Kriegsrechtsbehörden zu unterlassen, damit die Kommandeure das Land von seinen Feinden säubern können".

Daraufhin ließ der Generalstabschef Kenan Evren in einem Kommuniqué mitteilen, daß die Kriegsrechtskommandos keine Weisungen von dem Kriegs-

rechtskoordinierungskommando bekommen, das Premierminister Ecevit eingerichtet hatte, um die Aktivitäten der Kriegerrechtskommandos unter seiner Kontrolle zu halten. Diese Bemerkung zeigt, daß es den Rechtsparteien gelungen ist, die Streitkräfte gegen die Regierung aufzuwiegen.

Andererseits betonte General Evren aber auch, daß die Kriegerrechtskommandeure keine illegalen Maßnahmen wie Folter und willkürliche Durchsuchungen vornehmen und ihre Macht im Rahmen des geltenden Rechts ausüben werden.

Neues Sparpaket der Regierung

Im Februar 1979 verabschiedete das Türkische Parlament den Staatshaushalt in Höhe von 406 Mrd. Türkischer Lira. Von den 450 Abgeordneten waren 441 anwesend; 228 stimmten für den Haushalt, 213 dagegen. Die parlamentarische Zustimmung zur Haushaltsvorlage bedeutet für türkische Regierungen seit jeher ein erneutes parlamentarisches Vertrauensvotum.

Nachdem die kritische Haushaltsabstimmung erfolgreich überstanden war, gab die Regierung des sozialdemokratischen Premierministers Bülent Ecevit eine Reihe wirtschaftlicher Sparmaßnahmen bekannt und erklärte, ein Heilmittel für die ökonomischen Probleme der Türkei sei "in der Stärke der Nation, in der Leistungsfähigkeit unseres Landes und in der einzigartigen Dynamik unserer Wirtschaft" zu suchen und zu finden.

Tatsächlich befindet sich die Türkei in einer der größten Krisen ihrer Geschichte. Die Krise zeigt sich einerseits in einer hohen Inflationsrate und andererseits in einem ungeheuren Mangel ausländischer Währungsreserven. 1978 betrug die Inflationsrate 55 %. Im gleichen Jahr konnte zwar das Außenhandelsdefizit auf 2,3 Mrd. Dollar gesenkt werden, dies geschah jedoch hauptsächlich auf Kosten verringerter Importe, was wiederum zu einem Rückgang der industriellen Produktion in der Türkei geführt hat. Ende 1978 betrug das Haushaltsdefizit insgesamt 13 Mrd. Türkische Lira.

Anfang 1978 hatte die Regierung Ecevit den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Auslandshilfe gebeten, woraufhin dieser ein "Stabilisierungsprogramm" vorschlug, in dem insbesondere eine hochprozentige Abwertung der Türkischen Lira vorgesehen war. Die daraufhin erfolgte Abwertung um 30 % konnte die Wirtschaft nicht stabilisieren und trug zu einer erhöhten ökonomischen und sozialen Unruhe im Lande bei. Inzwischen sind die in einem Hilfsabkommen vom letzten März beschlossenen Kreditzahlungen des IWF eingestellt worden, weil der Fonds mit der Entwicklung der türkischen Wirtschaft unzufrieden ist und die Türkei sich nicht bereit zeigt, neue Kreditbedingungen, wie z.B. eine weitere Abwertung zu akzeptieren. Ein von den führenden Westmächten auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland versprochenes Hilfsprogramm konnte bisher noch nicht realisiert werden. (Vgl. dazu den Artikel "Auch Ecevit enttäuscht über Hilfsprogramm für die Türkei" in dieser Ausgabe.)

Bevor Premierminister Ecevit die neuen Sparmaßnahmen bekanntgab, traf er sich zum einen mit Vertretern der Geschäftswelt und zum anderen mit den Führern der beiden großen Gewerkschaftsverbände der Türkei, um ihre Unterstützung für diese Maßnahmen zu gewinnen. Er versuchte sie davon zu überzeugen, daß diese Maßnahmen unumgänglich seien, da die internationalen Finanzorganisationen die Türkei verpflichten, ein Stabilisierungsprogramm zu beschließen.

Neue Sparmaßnahmen treffen Arbeiter und Angestellte

Die Gewerkschaftsführer zeigten ein grundsätzliches Verständnis für die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen; die neuen Preiserhöhungen richteten sich jedoch wieder einmal gegen Arbeiter und Angestellte und stießen daher auf breite Ablehnung bei der arbeitenden Bevölkerung.

Schon 1978 mußten Arbeiter und Angestellte Einkommensverluste in Kauf nehmen, weil die Lohn- und Gehaltserhöhungen weit unter der Inflationsrate lagen. Nach Angaben des Handelsministeriums stiegen die Großhandelspreise zwischen Dezember 1977 und Dezember 1978 insgesamt um 48,7 %. Im einzelnen erhöhten sich die Preise für Lebensmittel um 36,4 %, für Hülsenfrüchte um 94,2 %, für Getreideprodukte um 35,4 %, für industrielle Rohstoffe und Halbzeugwaren um 70,5 %, für Mineralien, Textilien und Industrieöle um 50 %, für Benzin um 100 %. Dabei liegt die Inflationsrate für Istanbul noch um 54 % höher.

Nach Angaben der Sozialversicherung betrug der Lohnzuwachs bis Juli 1978 17 %, während die Preise im gleichen Zeitraum um 31 % gestiegen sind. Bis zum Jahresende kam es zu weiteren Lohnerhöhungen um 10 bis 15 %, insgesamt also zu einem Lohnzuwachs von 27 bis 30 %, während die Großhandelspreise insgesamt um etwa 50 % gestiegen sind.

Aufgrund der neuen Sparmaßnahmen werden die Preise um 100 % erhöht, ohne daß eine entsprechende Zuwachsrate für Löhne und Gehälter vorgesehen ist. Das bedeutet, daß die Türkei allein auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vor dem Bankrott bewahrt werden soll und wird zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Unruhen im Lande führen.

Dies ist die logische Folge der sozialdemokratischen Regierungspolitik, die die Türkei auch weiterhin von den imperialistischen Mächten abhängig hält.

(C-M-DN-DG-18/3)

2. GROßER PARTEITAG DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP)

ISTANBUL (ITA) - Vom 24. - 26. Februar 1979 hielt die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) ihren 2. Großen Parteitag nach ihrer Wiedergründung in Istanbul ab. 134 Delegierte vertraten die Mitglieder aus 36 Provinzen und 233 Distrikten der Türkei.

Am ersten Tag nahmen etwa 5000 Personen an dem Kongreß teil. Der Parteitag erhielt Hunderte von Grußbotschaften verschiedener Organisationen und Persönlichkeiten aus der Türkei und dem Ausland, darunter eine lange Solidaritätsadresse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Am Abend des ersten Tages fand das traditionelle Parteifest statt, bei dem viele berühmte Künstler der Türkei auftraten.

Die Delegierten diskutierten und bestätigten anschließend einstimmig den Bericht des Parteivorstandes; weiterhin wurde eine 14-Punkte-Resolution verabschiedet. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Partei inzwischen in 40 der 67 Provinzen der Türkei organisiert ist. Da eine Änderungsvorlage zum Wahlgesetz vorsieht, nur solche Parteien zu den Parlamentswahlen zuzulassen, die bereits im Parlament vertreten sind oder die in allen Distrikten von mindestens 20 der 67 Provinzen der Türkei organisiert sind, bedeutet der Organisationserfolg der TIP einen Schlag gegen die Bemühungen der Gesetzgeber, die Teilnahme der Arbeiterpartei an den Wahlen zu verhindern.

Achtzehnjähriger Kampf

Die Arbeiterpartei der Türkei war ursprünglich im Jahre 1961 von Arbeitern gegründet worden und machte die Bevölkerung der Türkei mit dem wissenschaftlichen Sozialismus vertraut und verstärkte das Klassenbewußtsein der Industrie- und Landarbeiter. Bei den Parlamentswahlen von 1975 konnte die TIP 15 von 450 Sitzen gewinnen und ver-

teidigte danach die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auch im Parlament. Nach einem Militärputsch im März 1971 wurde die TIP verboten und ihre Führer, darunter die gegenwärtige Vorsitzende Frau Behice Boran, wurden zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 1973 wurden die TIP-Führer zusammen mit anderen politischen Gefangenen freigelassen und am 1. Mai 1975 kam es zur Wiedergründung der Partei. Seither führt die TIP einen entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer im Lande. Im Verlaufe dieses Kampfes sind mehr als zehn Parteimitglieder von den faschistischen paramilitärischen Kommandos der Nationalen Bewegungspartei (MHP) ermordet worden. (Vgl. auch unsere Broschüre "Massaker in Ankara - Warum?", Info-Türk Agentur, Brüssel 1978.) Der 2. Parteitag der TIP fand zu einem Zeitpunkt statt, da das Versagen der gegenwärtigen Mitte-Links-Regierung offensichtlich wird. Zur gleichen Zeit wurde auch der umfangreiche "Plan für eine Demokratisierung der Türkei 1978-1982" von der Forschungsabteilung der Partei herausgegeben. Dieser Gegenplan, der vom Kongreß verabschiedet wurde, beschreibt die Maßnahmen, die nötig sind, um eine wirtschaftliche und soziale Grundlage für die Demokratisierung des politischen Lebens in der Türkei zu schaffen.

Die Partei der Arbeiterklasse der Türkei

In der einstimmig beschlossenen 14-Punkte-Resolution erklären die Delegierten des TIP-Parteitags:

"Die TIP ist die politische Organisation der Arbeiterklasse der Türkei, die sich auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus stützt. Da das Programm und die Entschlüsse der TIP auf einer konkreten Analyse der gegenwärtigen Zustände in der Türkei basieren, da Statuten, Strategie und Taktik der TIP auf der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus aufbauen, da ihre Mitglieder in erfolgreichen Kämpfen der Vergangenheit erprobt sind, ist die TIP unter den gegenwärtigen Bedingungen der Träger und Leiter der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung in der Türkei."

(Bekanntlich sind nach dem Verbot der TIP einige andere politische Organisationen und Gruppierungen in der Türkei entstanden, die unter verschiedensten Namen beanspruchen, die Partei der Arbeiterklasse zu sein. Frau Behice Boran, die Vorsitzende der TIP, geht in einem Artikel, der am 6. März 1979 in dem Parteiorgan YÜRÜYÜS veröffentlicht wurde, auf solche Organisationen und Gruppierungen ein und betont, daß man weder durch Berufung auf "hergebrachte Rechte" auf die Arbeiterklasse noch durch die Annahme irgendeines Namens zur Partei der Arbeiterklasse werde. Sie schreibt wörtlich: "Die Kontinuität des Namens ist nicht wesentlich sondern reine Formsache. Das Wesentliche ist die Kontinuität in der Sache, das bedeutet der politischen Bewegung der Arbeiterklasse selbst. Die politische Bewegung der Arbeiterklasse mag sich, je nach den wechselnden Bedingungen, unterschiedliche Namen und Organisationsformen geben. Die TIP ist die Organisation unserer Arbeiterklasse, die die übergeordneten Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus verbindet mit einer Analyse der gegenwärtigen Zustände in der Türkei.")

Die Resolutionen des Parteitags verdeutlichen auch die ideologische Position der TIP und ihre Beurteilung internationaler Fragen. Im Folgenden Auszüge:

"Die TIP betrachtet den proletarischen Internationalismus als fundamentale Bedingung für die Entwicklung und Verstärkung der Arbeiterbewegung im nationalen und internationalen Rahmen. Sie ist sich darüber im klaren, daß die Stärkung der wissenschaftlichen sozialistischen Bewegung der Arbeiterklasse, der gemein-

sam mit ihren Verbündeten geführte Kampf um die Macht und die Durchführung der sozialistischen Revolution in unsere m Land notwendig und ein wesentlicher Beitrag zum Internationalismus sind. In Anbetracht der entscheidenden Rolle der sozialistischen Staaten der Welt für den Fortschritt und den Erfolg revolutionärer Bewegungen in der Welt, betont die TIP, daß es die wichtigste Aufgabe jeder Partei der Arbeiterklasse ist, die Positionen und Errungenschaften des Sozialismus in der ganzen Welt zu schützen und zu verteidigen."

"Die TIP ist sich darüber im klaren, daß unbedingte Wachsamkeit geübt werden muß gegen maoistische und individuelle terroristische Tendenzen, deren antirevolutionäre Natur in der ganzen Welt wie auch in der Türkei deutlich geworden ist, gegen Linkssektierertum, gegen rechten Opportunismus, der die Arbeiterbewegung als Wurmfortsatz irgendeiner Gruppe der Bourgeoisie begreift, gegen jede Abweichung vom wissenschaftlichen Sozialismus, gegen jede Form des Antikommunismus und Antisowjetismus, egal, wie raffiniert und hochintellektuell verfeinert, und gegen jeden Versuch der Bourgeoisie, Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu nehmen."

Kampf für Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus

"Die TIP tritt ganz energisch für eine weitere politische Demokratisierung und für den Kampf gegen rassistische und chauvinistisch-nationalistische Tendenzen und gegen Völkermord ein; sie betont, von ganz besonderer Bedeutung ist eine Demokratisierung der östlichen und südöstlichen Regionen der Türkei, wo Ungleichheit auf der Basis ethnischer Diskriminierung besteht, wo die Unterdrückung weiter zunimmt, und wo Provokationen und Anschläge sich häufen, wie erst kürzlich zu beobachten war." (Bei dem Massaker in Kahramanmaras kamen 107 Menschen ums Leben. Anm.d.Red.)

"Die TIP geht davon aus, daß die fortschrittlichen Bewegungen in den Ländern unter imperialistischer Vorherrschaft und Unterdrückung gegenwärtig an Kraft und Erfolgchancen gewonnen haben, besonders in der Region, zu der auch unser Land gehört. Die wiederholten Forderungen der USA nach Errichtung neuer Militärstützpunkte in der Türkei und Wiedereröffnung der zuvor geschlossenen sind ein deutlicher Beweis für die wachsende Bedeutung der Türkei für den Imperialismus, besonders nach dem Zusammenbruch des Schah-Regimes in Iran. Diese Vorgänge weisen allerdings auch auf die wachsende Bedeutung eines verstärkten Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Frieden hin."

"Die TIP unterstreicht noch einmal die Ansicht, daß ein Aufhalten der faschistischen Eskalation, die gegenwärtig neue Dimensionen angenommen hat, und eine Verhinderung des Faschismus nur durch einen verstärkten Kampf aller fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte gegen Imperialismus und Faschismus in einer vereinigten Widerstandsbewegung erfolgreich sein kann."

"Die TIP fordert ein Ende des Kriegsrechts und wirksame Maßnahmen gegen die Kreise und Kräfte, die hinter dem faschistischen Terror stehen, anstatt fundamentale Rechte und Freiheiten weiter zu beeinträchtigen."

In anderen Resolutionen kritisiert der Parteitag einige Tendenzen und Gruppierungen, die die Entwicklung der Gewerkschaften und der demokratischen Massenorganisationen beeinträchtigen. Die Delegierten betonen, daß es eine wichtige Aufgabe der Parteimitglieder ist, den

ideologischen Kampf weiterzuführen und die Arbeit in der Bauern-, Jugend- und Frauenbewegung zu verstärken. Der Parteitag verurteilte auch die chinesische Aggression gegen die sozialistische Volksrepublik Vietnam und stellte fest, daß die maoistische Politik den Frieden in der Welt gefährdet.

Am letzten Tag wählte der Parteitag einen 21-köpfigen Vorstand, der auf seiner ersten Sitzung Frau Behice Boran als Parteivorsitzende und Dr. Nihat Sargin als Generalsekretär wiederwählte.

(TIP-DG-10/3)

EINIGE TERRORISTEN FESTGENOMMEN - WAS GESCHIEHT MIT DEN ANSTIFTERN?

ANKARA (ITA) - Nach der wöchentlichen Sitzung des Kriegsrechtskoordinierungskommandos am 9. März 1979 gab Premierminister Bülent Ecevit eine Erklärung ab, in der er von einer Abnahme der Terrorzwischenfälle in den letzten Wochen sprach.

"In den letzten zehn Tagen sind die Terrorzwischenfälle im Vergleich zu den voraufgegangenen zehn Tagen um 35 % zurückgegangen, die Morde, also jene Ereignisse, die zur Verhängung des Kriegsrechts geführt hatten, sogar um 60 %. Auch die politischen Zwischenfälle mit Todesfolgen außerhalb der Gebiete unter Kriegsrecht sind um mehr als 60% zurückgegangen. Hinzukommt, daß die Sicherheitskräfte äußerst wirksam gearbeitet haben, was zu einem deutlichen Anstieg der Verhaftungen von Kriminellen geführt hat."

Die Liste der politischen Morde des letzten Monats, die 71 Todesopfer umfaßt, widerspricht jedoch dieser optimistischen Erklärung des Premierministers. Richtig an Ecevits Erklärungen ist die Tatsache, daß die Zahl der festgenommenen Terroristen angestiegen ist. Erst kürzlich gestanden zwei von mehreren festgenommenen Terroristen, Veli Can Oduncu und Mithat Simsek, beide 17 Jahre alt, daß sie sieben bzw. acht fortschrittliche Menschen ermordet haben. Während eines Verhörs vor dem Kriegsrechtstribunal in Istanbul sagte Oduncu, daß er an vielen bewaffneten Aktionen teilgenommen hat, die von Mitgliedern des "Idealisten-Klubs" oder der Nationalen Bewegungspartei (MHP) organisiert waren. Beides sind neofaschistische Organisationen, deren Mitglieder als "Graue Wölfe" bekannt sind. Nach seiner politischen Weltanschauung befragt erklärte Oduncu vor dem Tribunal: "Ich bin ein Rechter und bekämpfe die Linken und Kommunisten. Aber ich weiß eigentlich nicht, was rechts und links bedeutet." Er gestand auch, daß er die Waffen, mit denen er sieben politische Morde begangen hatte, von Mitgliedern der Nationalen Bewegungspartei bekommen hatte.

Mithat Simsek, der sowohl das TIP-Mitglied Prof. Necdet Bulut als auch sieben andere Menschen ermordet hat, bestätigte vor dem Kriegsrechtstribunal in Ankara, daß er von Mitgliedern der neofaschistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen mit Waffen versorgt wurde.

Obwohl einige derjenigen, die Pistolen benutzen, nun verhaftet werden, sind die Hauptverantwortlichen, die die Waffen besorgt und die Täter zum Mord an fortschrittlichen Personen angestiftet haben, bisher noch auf freiem Fuß. Der Hauptanstifter politischer Gewalt in der Türkei, Ex-Oberst Alparslan Türkeş, der Vorsitzende der neofaschistischen Partei, und andere Anführer der "Grauen Wölfe" sind immer noch frei und führen ihre Aktionen unter dem Deckmantel parlamentarischer Immunität fort.

Im folgenden dokumentieren wir die 71 politischen Morde des letzten Monats. Damit stieg die Zahl der Opfer politischer Gewalttaten während der 14-monatigen Regierungszeit Ecevits auf 1107.

15. Feb.: Vier progressive Personen, Bayram Aslan, Ibrahim Babayigit, Rifat Arikan und Yalcin Bozdoganoglu (in Adana), der Schüler Mustafa Güzel (in Izmir), der ehemalige örtliche Vorsitzende der MHP Mustafa Naimoglu (in Nizip), der linke Lehrer Sükrü Bağcı (in Yozgat).
16. Feb.: Der linke Schüler Ahmet Sadullah Kaya (in Adana), der linke Lehrer Selahattin Tanriverdi (in Tarsus), der Arbeiter Ahmet Altas (in Diyarbakir).
18. Feb.: Der Polizist Mehmet Yildizoglu (in Ankara), der Besitzer einer rechtsgerichteten Zeitung Erdogan Hancerlioglu (in Istanbul), der Dorfvorsteher Mehmet Ali Celikbas (in Burhaniye).
19. Feb.: Der linke Schüler Ismail Takir (in Giresun), eine unbekannte Person (in Istanbul), der Bankdirektor Ismet Yilmazer (in Kars).
20. Feb.: Der linke Student Ahmet Demirtas (in Adana).
21. Feb.: Cumali Yüksel, Ibrahim Meteyilmaz, Mustafa Utku und Mehmet Alan (in Adana), der rechte Schüler Feyzi Nuraydin (in Kars), der Cafépächter Mustafa Yilmazoglu (in Izmir), der Sekretär Selami Basaran (in Ankara).
22. Feb.: Der rechte Jugendliche Asaf Durmus (in Istanbul).
23. Feb.: Der Arbeiter Eyüp In, Osman Tuturgu und eine unbekannte Person (in Adana), der Arbeiter Ahmet Aksoy (in Kahramanmaras), der linke Schüler Serdar Özgercin (in Ankara), der fortschrittliche Jugendliche Sadik Cemil und der der Rechtsgerichtete Yüksel Metin (in Istanbul - beide wurden von "Grauen Wölfen" ermordet).
24. Feb.: Der fortschrittliche Schüler Attila Can (in Istanbul), der Taxifahrer Musa Cakmak (in Antalya).
25. Feb.: Mehmet Kuyuban, Emrullah Narli und Aki Kütük (in Kahramanmaras).
26. Feb.: Mehmet Bayik, der Sohn eines Gewerkschaftsführers (in Urfa), der fortschrittliche Oberschüler Fikret Damali (in Samsun).
27. Feb.: Adil Aydin (in Manisa), Erkan Yildirim und der Musiker Veyis Kemal Aras (in Istanbul).
28. Feb.: Der linke Schüler Ömer Kaya (in Gaziantep), der Arbeiter Ali Riza Ece (in Denizli).
1. März: Der Pförtner eines Gymnasiums Giyasettin Cicek (in Istanbul).
2. März: Der Angestellte Salih Dursun, die Arbeiter Necmi Tarcan und Metin Arabaci und ein unbekannter Jugendlicher (in Istanbul), die Arbeiterin Sahra Cinkal und der Schüler Ibrahim Cantürk (in Konya).
3. März: Der Arbeiter Bekir Tosun (in Gaziantep), der Schüler Yunus Koc (in Kars).
5. März: Der Rechtsgerichtete Ali Durmus (in Urfa).
6. März: Zwei linke Universitätsstudenten, Fatih Kiral und Cengiz Erdal (in Adana), der Polizist Ahmet Demirel und der Schüler Ömer Taskin (in Istanbul).
8. März: Der Schüler Senol Sener (in Istanbul).
9. März: Muzaffer Ilhan (in Konya), die beiden Hausfrauen Feride Günes und Perizade Koc (in Mus), der Arbeiter Bayram Kurt (in Ankara).
10. März: Der Direktor eines Gymnasiums Yekta Aslan und der Schüler Attila Artir (in Kahramanmaras), der Örtliche Vorsitzende der MHP Sami Nakiboglu (in Adiyaman), Kadir Seven und Sedat Erdemir (in Adana).
11. März: Ahmet Tabak (in Istanbul).
12. März: Der Polizist Cemal Ilgaz (in Manisa).
13. März: Der Leiter eines Studentenwohnheims Mürsel Delen (in Istanbul), der rechte Schüler Mustafa Sivri (in Ankara), der linke Schüler Mehmet Ayik (in Gaziantep).
14. März: Der Student Mustafa Sir (in Adana).

NEUN GEWERKSCHAFTSFÜHRER VERURTEILT

IZMIR (ITA) - Neun Vorsitzende und Funktionäre der Konföderation Türkischer Gewerkschaften (TÜRK-IS) wurden von einem Gericht in Izmir zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten verloren gleichzeitig das Recht gewerkschaftlicher Betätigung. Das Urteil wurde vom Berufungsgericht bestätigt. Die Betroffenen waren beschuldigt worden, am 16. Juni 1975 einen wilden Streik organisiert zu haben. Das Berufungsgericht hat die Strafe zwar zur Bewährung ausgesetzt, aber den Angeklagten wird weiterhin das Recht verweigert, in Zukunft gewerkschaftlich zu arbeiten.

In Izmir steht ebenfalls der Lehrer Vezni Erbakan vor Gericht, weil er vor zehn Jahren an einer Demonstration von Lehrern teilgenommen hat. Die Lehrgewerkschaft TÖB-DER hat gegen seine Verfolgung protestiert.

In Istanbul steht Sirri Öztürk, der Direktor des Verlagshauses Sorun, vor Gericht, weil er Klara Zetkins Buch "Lenins Vermächtnis an alle Frauen der Welt" herausgegeben hat. Herr Öztürk wird unter Berufung auf Artikel 142 des Türkischen Strafrechts angeklagt, wonach für die "Verbreitung des Kommunismus" eine Mindeststrafe von 7 1/2 Jahren Gefängnis vorgesehen ist. (DG-9/3)

AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Aus einer Untersuchung des Staatlichen Amtes für Statistik geht hervor, daß 76 ausländische Gesellschaften, die im Bereich der güterproduzierenden Industrie der Türkei arbeiten, 1976 einen Mehrwert von 9 % geschaffen haben. Bei der Untersuchung wurden insgesamt 6.114 Firmen berücksichtigt, die zusammen einen Mehrwert von 112,54 Mrd. TL schufen. Der Anteil der 76 ausländischen Firmen betrug dabei 10, 489 Mrd. TL. (Der offizielle Wechselkurs für 1 TL beträgt 0,08 DM, auf dem freien Markt dagegen 0,04 DM.)

Von den 448.000 in diesem Industriezweig Tätigen sind 44.000 bei den 76 ausländischen Firmen angestellt. Diese Firmen beschäftigen natürlich in der Hauptsache türkische Arbeitskräfte, die 1976 einen durchschnittlichen Monatslohn von 7.000 TL erhielten, während die nur 142 ausländischen Arbeitskräfte dieser Firmen einen Monatslohn von 32.970 TL bezogen.

Die folgende Tabelle zeigt Produktionskosten, Umsatz, Mehrwert und Gewinne der Firmen im Bereich der güterproduzierenden Industrie für das Jahr 1976: (1000 TL):

	GESAMTE TÜRKEI	DIE 76 GESELLSCHAFTEN	%
Produktionskosten	191.236.253	17.869.525	9,0
Umsatz	303.776.313	28.359.083	9,0
Mehrwert	112.540.060	10.489.588	9,0
Gewinn	76.879.826	6.677.083	8,6

(Genaue statistische Angaben über Auslandskapitalinvestitionen in der Türkei finden sich in: Info-Türk Bulletin, February 1977, erhältlich in englisch und französisch.)

Ausländisches Kapital erhält Löwenanteil in der Automobilindustrie

Von den 287 Betrieben in der türkischen Automobilindustrie arbeiten 7 (= 2,4 %) mit ausländischem Kapital. Diese sieben Firmen erwirtschafteten im Jahre 1971 31,3 % des Gewinns der Gesamtbranche. Mit anderen Worten: Die 7 Firmen mit ausländischem Kapital machten einen Gewinn von 1,65 Mrd. TL, während die restlichen 280 Firmen nur 3,63 Mrd. TL erwirtschafteten. Die folgende Tabelle wurde nach Angaben des Staatlichen Amtes für Statistik zusammengestellt:

	GESAMTE AUTO- MOBILINDUSTRIE	FIRMEN MIT AUS- LÄND. KAPITAL	%
Produktionskosten	14.075.046	6.169.372	43,8
Umsatz	22.475.142	8.737.482	38,9
Mehrwert	8.400.097	2.568.210	30,6
Gewinn	5.280.773	1.650.317	31,3
(in 1000 TL)			
Zahl der Betriebe	287	7	2,4
Zahl der Beschäftigten	54.690	10.968	20,1

Der größte türkische Partner ausländischen Kapitals in der Automobilbranche ist die OYAK, eine Finanz-Holding-Gesellschaft, die ausschließlich Armeeeoffizieren gehört. Im letzten Jahr produzierte die OYAK-Renault 31.000 Wagen, das sind 95 % der türkischen Automobilproduktion.

Die im Jahre 1973 gegründete Gesellschaft plant für 1979 eine Produktion von 42.000 Fahrzeugen. Der Präsident der Holding-Gesellschaft, General Nazmi Yavuzalp, gab bekannt, daß die OYAK Ende 1978 ein Vermögen von 3,6 Mrd. TL hatte.

(Genaue Informationen und statistische Angaben über die Holding-Gesellschaft OYAK im Info-Türk Bulletin, June, July/ August 1978, in englisch und französisch.) (DN-DG-9/3)

AUCH ECEVIT ENTtäUSCHT ÜBER HILFSPROGRAMM FÜR DIE TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Der türkische Premierminister Bülent Ecevit äußerte sich "enttäuscht", weil die "Bündnispartner" der Türkei keine konkreten Schritte unternehmen, um "die schweren ökonomischen Probleme im Lande zu mildern".

Der Premierminister sagte gegenüber ausländischen Journalisten am 9. März 1979, daß die von der Bundesrepublik Deutschland angeregte Hilfe an die Türkei, zu der sich auf dem Gipfeltreffen in Guadeloupe auch die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien bereiterklärt hatten, "entmutigend langsam anläuft". Ecevit sagte auch, daß der Türkei unannehmbare Bedingungen für ein Hilfsprogramm gestellt würden, die unvereinbar mit den Notwendigkeiten und Realitäten der gegenwärtigen Situation in der Türkei sind. Auf die Frage nach diesen Bedingungen antwortete Ecevit, daß dies im wesentlichen die Forderung nach einer erneuten Abwertung der Türkischen Lira sei. Ecevit erinnerte die Reporter daran, daß die Türkei bereits vor einem Jahr ein wirtschaftliches Sparprogramm beschlossen hatte, das auch mit einer Abwertung verbunden war, um den Bedingungen gerecht zu werden, die der Internationale Währungsfonds an die Vergabe ausländischer Kredite geknüpft hatte. Doch die versprochene Hilfe sei ausgeblieben, wodurch die Maßnahmen der türkischen Regierung erfolglos geblieben sind, beklagte Ecevit.

Die Enttäuschung der türkischen Regierung wuchs weiter, als auch auf dem Treffen des EG-Ministerrats keine konkreten Beschlüsse bezüglich einer Hilfe für die Türkei gefaßt wurden. Daraufhin erklärte der stellvertretende Premierminister Dr. Faruk Sükan am 13. März 1979, daß die Türkei unter den gegebenen Umständen alle Bündnisverpflichtungen und Verträge, an die sie gebunden ist, zu überprüfen hat. Er sagte wörtlich: "Es ist klar, daß für die imperialistischen Supermächte bei ihrem Kampf um Vorherrschaft im Nahen Osten nun die Türkei in den Vordergrund ihres Interesses rückt. Obwohl die Türkei an ihre vertraglichen Vereinbarungen gebunden ist, bedeutet dies nicht, daß wir diese ohne Bedingungen und Vorbehalte einhalten werden."

In diesem Zusammenhang steht auch die Entscheidung der türkischen Regierung, nach dem Iran und Pakistan ebenfalls aus dem Nahostpakt CENTO auszutreten.

Andererseits machten hohe Militärs der westlichen Staaten in den letzten Tagen geheimnisvolle Besuche in der Türkei; darunter war auch der Oberbefehlshaber der NATO, General Haig sowie der britische Generalstabschef Luftwaffenmarschall Neil Cameron. Nach diesen Besuchen erklärte der Verteidigungsminister Neset Akmandor: " Als Brückenkopf im Mittelmeer, das für die reichen Länder eine lebenswichtige Handelsstraße für Öl und andere Rohstoffe darstellt, hat die Türkei eine wachsende geographische, wirtschaftliche und politische Bedeutung in der Welt gewonnen."

SOWJETISCHE BEURTEILUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN TÜRKEI UND WESTMÄCHTEN

Die sowjetische politische Wochenzeitschrift "Neue Zeit" analysiert in ihrer Ausgabe Nr. 7/ 79 die gegenwärtige Situation in der Türkei und beschreibt insbesondere den wohl dosierten Druck der NATO auf die Türkei. In dem Artikel heißt es:

"Den westlichen, vor allem den amerikanischen Politikern geht es um etwas anderes: Sie wollen neue Militärstützpunkte. Die US-Administration zerbricht sich den Kopf darüber, wie die imperialistischen Positionen nach dem Zusammenbruch des Regimes des Schahs von Iran im erdölreichen Nahen Osten zu festigen sind, wiesie die mögliche Einschränkung der in diesem rebellierenden Land befindlichen Geheimbasen der CIA und des Pentagon wettmachen könnte.

Nach allem zu urteilen, fiel die Wahl auf die Türkei. Laut NEW YORK TIMES meint man unter Militärs und Agenten der USA, daß 'das in der Türkei angelegte elektronische System zur Informationsgewinnung vervollkommenet werden muß'. Verwiesen wird ferner darauf, daß es 'am billigsten und effektivsten' sei, die Ausrüstungen für die elektronische Spionage aus Iran in die Türkei zu verlegen.

Ankara dementierte die Nachrichten, daß neue amerikanische Basen und Objekte in der Türkei angelegt würden.

Einflußreiche Kräfte des Landes sprechen sich dafür aus, die militärische Abhängigkeit vom Ausland abzuschütteln. Nichtsdestoweniger wird in Ankara gegenwärtig zwischen der Türkei und den USA über ein neues bilaterales Abkommen 'über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung' verhandelt. Amtlicherseits wird erläutert, das Ziel sei, die türkisch-amerikanischen Beziehungen nach der kürzlichen Aufhebung des US-Embargos für Waffenlieferungen an die Türkei zu normalisieren. Die türkische Seite behauptet, sie gehe von einem neuen Standpunkt an ein Abkommen mit den USA heran: Die wirtschaftlichen Interessen seien bei einer solchen Zusammenarbeit nicht von den militärischen zu trennen.

Die türkische Presse verrät Einzelheiten über das Abkommen. Der MILLIYET zufolge ist vorgesehen, daß die jährliche wirtschaftliche und militärische Hilfe für die Türkei in erster Linie nicht nach ihren Bedürfnissen, sondern nach den 'Verteidigungsplänen' der NATO bestimmt werden soll. Der Status der USA-Basen auf türkischem Boden müsse eigens definiert werden.

Die Verhandlungen USA-Türkei sind noch nicht abgeschlossen, aber das 'neue Herangehen' der türkischen Regierung an sie ist im Brüsseler Hauptquartier schon abgelehnt worden. Laut TERCÜMAN werden die türkischen Gedanken an die eigene Rüstungsindustrie 'auf allen NATO-Ebenen als unreal und nicht ausführbar' beurteilt. Das Blatt beruft sich auf folgende Äußerung 'einer kompetenten Person' in Brüssel: Wolle die Türkei vom Westen Finanzmittel bekommen, so solle sie ihr Territorium für die Erweiterung der Militärstützpunkte zur Verfügung stellen.

Anders gesagt, will der Westen die Türkei, die eine 465.000 Mann starke Armee hat und 20 % des Haushalts für Militärzwecke verausgabt,

als Gegenleistung für seine 'Hilfe' noch fester an die NATO fesseln, bis sich das Land aus eiserner Umarmung nicht mehr befreien kann. Ebendeshalb beeilt man sich nicht, die Vereinbarung von Guadeloupe über die 'Soforthilfe' für die Türkei zu realisieren: In den Hauptstädten der NATO-Länder ist man darauf gespannt, ob die Türkei dem Druck nachgeben wird.

Es liegt auf der Hand: Eine solche Haltung zur Türkei, die ihre rationalen Interessen komplex behandeln möchte, kann ihre Schwierigkeiten nur noch vertiefen. Das Beispiel des benachbarten Iran hat klar genug bewiesen: Je enger sich die Schlinge der Abhängigkeit vom Imperialismus zusammenzieht, um so weniger Luft hat ein Land zum Atmen. Der Weg, auf den die NATO-Strategen die Türkei drängen, ist aussichtslos und überaus gefährlich. Das türkische Volk will einen anderen Weg gehen."

(NT-DG-28/2)

INFORMATIONEN ÜBER DIE TÜRKEI

Die Info-Türk Agentur ist ein Informationsdienst, der von fortschrittlichen Türken im Ausland betrieben wird. Sie veröffentlicht monatliche Bulletins in drei Sprachen (englisch, französisch, deutsch), um über die Probleme und Kämpfe der Menschen in der Türkei zu berichten. Ihre Publikationen in türkischer Sprache richten sich an die türkischen Arbeiter im Ausland.

FOLGENDES INFORMATIONSMATERIAL ÜBER DIE TÜRKEI IST ERHÄLTlich ÜBER

INFO-TÜRK AGENTUR
Postfach 10 06 30 - 4220 Dinslaken 1 - BRD

- Info-Türk Bulletin in Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch
Jahresabonnement 15,00 DM
- MASSAKER IN ANKARA - WARUM? - Bericht und Hintergrund
Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt in der Türkei.
48 Seiten. Preis: 3,00 DM.
- TURKEY AND THE WORLD TODAY
Rede von Behice Boran, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei.
Nur in Englisch und Französisch erhältlich. Preis: 45 FB.
- MAPPE MIT POSTERN DES TÜRKISCHEN WIDERSTANDS
Preis: 6,00 DM.
- LIEDER UND GEDICHTE
Zweisprachig, türkisch und französisch. Preis: 30 FB.
- TÜRKISCHE REVOLUTIONÄRE CHANSONS
Eine Langspielplatte mit Erklärungen in englischer und französischer
Sprache. Preis: 300,00 FB.